

Eine dritte Option, die ein wenig diskutiert wird und einerseits der Logik der Sozialpartnerschaft entspräche, andererseits natürlich auch problematisch ist, ist der Vorschlag, dass man neue Gruppierungen in ähnlicher Form zu organisieren versucht; so sind beispielsweise die Psychologen relativ erfolgreich dabei, eine Psychologenkammer zu fordern; und ich habe bei einem Vortrag vor kurzem etwas ironisch gemeint, man könnte ja auch andere Gruppierungen, die eigentlich nicht erfasst sind und die auch politische und wirtschaftspolitische Anliegen haben, kammermässig organisieren; ich habe auch schon Finanzierungsvorschläge gemacht. Denn ein sehr wichtiges Element im Funktionieren der Kammern ist nicht die Zwangsmitgliedschaft an sich, sondern der Zwangsmitgliedschaftsbeitrag, der wie eine Steuer funktioniert. Beispielsweise könnte man eine Pensionistenkammer einrichten mit einem Beitrag von 0,5% der Pensionen, eine Kammer «Öffentlicher Verkehr» – als Nichtautobesitzer liegt mir das irgendwie nahe – mit 0,5% vom Fahrpreis. Wie wär's mit einer Hausfrauenkammer: 0,5% bei jedem Einkauf. Was ich da als Scherz gemeint habe, ist jetzt schon wieder ernst geworden, weil durchaus in Leitartikeln von ernst zu nehmenden Journalisten neue Kammern für bestimmte Gruppen gefordert werden.

Die vierte Option, die ich sehe, ist die einer Deregulierung, die dazu führen würde, dass die Kammern z. B. über keine Zwangsmitgliedschaft mehr verfügen und dann einfach Vereine werden, die dem Service ihrer Mitglieder dienen, wie dies auch in andern Ländern durchaus üblich ist, und dann wahrscheinlich auch mehr verpflichtet wären oder verhindern könnten, dass es zu diesem Mitgliederexodus kommt.

Natürlich ist das eine populistische Forderung, aber ich glaube, und das ist vielleicht ein kleiner Kritikpunkt an Anton Pelinka, dass diese populistischen Forderungen eben nicht nur von jenen erhoben werden, die besser dran sind, sondern dass sie auch von den Deklassierten unterstützt werden, von den Bauern, die sich belastet fühlen, von den Arbeitslosen, die sich verlassen fühlen, von den arbeitslosen Lehrern oder sonstigen Akademikern. Ich sehe eine gewisse Kraft in diesen Argumenten, die ja keineswegs nur von der FPÖ gebraucht werden; sondern komischerweise ist, wie manches nicht so ganz konsequent, auch der ÖAB, ein Teil der ÖVP, eingeschwenkt auf diesen Vorschlag, die Zwangsmitgliedschaft aufzuheben. Eine Entwicklung in diese Richtung ist also durchaus denkbar, die Politik hat da eine Eigengesetzlichkeit gewonnen, und ich könnte aus andern Bereichen Beispiele dafür liefern, dass jetzt Dinge beschlossen